



## Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 42. Sitzung des  
Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde  
am 11.04.2024, 18:15 Uhr,  
im Familiengarten Eberswalde, Tourismuszentrum, Konferenzsaal,  
Am Alten Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

## TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 41. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde vom 07.03.2024
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
  - 7.1 Berichterstattung Mittelverwendung - Einzelhandelsrichtlinie
  - 7.2 Sonstige Informationen
8. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
  - 8.1 **Vorlage:** BV/0992/2024      **Einreicher/zuständige Dienststelle:**  
80 – Amt für Wirtschaftsförderung  
**Förderrichtlinie zur ambulanten ärztlichen Versorgung**
  - 8.2 **Vorlage:** BV/1031/2024      **Einreicher/zuständige Dienststelle:**  
15 - Bürgeramt  
**Richtlinie der Stadt Eberswalde über die Gewährung eines Begrüßungsgeldes für Studierende und Auszubildende**

8.3 **Vorlage:** BV/1034/2024      **Einreicher/zuständige Dienststelle:**  
Fraktion DIE LINKE.  
**Livestream zur Stadtverordnetenversammlung**

9. Informationsvorlagen

9.1 **Vorlage:** I/0045/2024      **Einreicher/zuständige Dienststelle:**  
20 - Kämmerei  
**Jahresbericht zum 31.12.2023**

10. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Ausschussmitgliedern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

## **TOP 1**

### **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Herr Passoke, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen (AWF) eröffnet die Sitzung um 18:15 Uhr.

Die Anwesenden der Sitzung legen eine Schweigeminute ein und gedenken dem ehemaligen Stadtverordneten sowie Beigeordneten der Stadtverwaltung Herrn Lutz Landmann, der am 29.03.2024 nach langer schwerer Erkrankung verstarb.

Des Weiteren begrüßt Herr Passoke alle Anwesenden zur heutigen Hybridsitzung des AWF, an der laut der von ihm auf der Grundlage des § 34 Absatz 1a der Brandenburgischen Kommunalverfassung (BbgKVerf) genehmigten begründeten Anträge folgende Ausschussmitglieder per Videozuschaltung teilnehmen dürfen:

<b>Teilnehmer/in</b>	<b>gemäß Antrag vom:</b>	<b>und Genehmigung vom:</b>
Herr Dietterle	04.04.2024	08.04.2024
Herr Markmann	08.04.2024	09.04.2024

Herr Passoke fragt die per Video zugeschalteten Ausschussmitglieder, ob die Video- und Audioübertragung funktioniert.

<b>Teilnehmer/in</b>	<b>Audioübertragung:</b>	<b>Videoübertragung:</b>
Herr Dietterle	ja	ja
Herr Markmann	ja	ja

## **TOP 2**

### **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Herr Passoke stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen beschlussfähig ist.

Zu Beginn der öffentlichen Sitzung sind **11 stimmberechtigte Mitglieder**, davon 10 in Präsenz und 1 Mitglied per Videozuschaltung anwesend bzw. zugeschaltet (**Anlage 1**).

## **TOP 3**

### **Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 41. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde vom 07.03.2024**

Es liegen keine Einwendungen vor.

## **TOP 4**

### **Feststellung der Tagesordnung**

Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

## **TOP 5**

### **Informationen des Vorsitzenden**

Es werden keine Informationen gegeben.

## **TOP 6**

### **Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Einwohnerfragen vorgetragen.

## **TOP 7**

### **Informationen aus der Stadtverwaltung**

#### **TOP 7.1**

### **Berichterstattung Mittelverwendung - Einzelhandelsrichtlinie**

Herr Berendt informiert über den abschließenden Stand der Mittelverwendung der Einzelhandelsrichtlinie, siehe Präsentation (**Anlage 2**).

## TOP 7.2

### Sonstige Informationen

#### Herr Berendt:

- berichtet über die Vorbereitungen der Europa- und Kommunalwahlen am 09.06.2024; insgesamt stehen für die Wahl der Stadtverordnetenversammlung 188 Kandidaten:innen auf den jeweiligen Listen der Wahlkreise I und II; derzeit werden die Wahlvorstände beworben; es werden noch Wahlhelfer:innen gesucht; er ergänzt, dass Kandidierende grundsätzlich nicht als Wahlhelfer:innen tätig sein dürfen; er teilt mit, dass aufgrund der besonderen Wahlen in der Verwaltung ein Verwaltungsstab „Wahlbehörde“ einberufen wurde, in dem Mitarbeiter:innen für die Zeit der Vorbereitung der Wahlen und auch kurz für die Nachbereitung der Wahlen tätig sein werden
- beantwortet die Anfrage von Herrn Parys aus der 40. Sitzung des AWF am 15.02.2024 und wiederholt in der 41. Sitzung des AWF am 07.03.2024 zur Entwicklung der Besucherzahlen 2022 und 2023 im baff sowie zum Vorliegen des Jahresabschlusses 2023 für die TWE, die zuständigkeitsbedingt an den Geschäftsführer der Technischen Werke, Herrn Ewald weitergeleitet wurde (**Anlage 3**)
- informiert über die Möglichkeit, im Rahmen einer Vereinbarung mit der 50Hertz Transmission GmbH eine Ausgleichszahlung zu erhalten, bezieht sich dabei auf die Beschlussvorlage BV/1029/2024 „Vereinbarung über Ausgleichszahlungen Mittelverwendung zur Ertüchtigung von Sportstätten“, die für den Hauptausschuss am 18.04.2024 zur Beratung vorgesehen ist; aus Zeitgründen hat die Verwaltung sich dafür entschieden, über die Vorlage, die auch gleichzeitig einen Vorschlag zur Mittelverwendung beinhaltet, in den Fachausschüssen mündlich zu informieren; die Beschlussvorlage wurde mit der Einladung zum Hauptausschuss versandt und ist im Bürgerinformationssystem abrufbar

Herr Passoke informiert, dass im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt am 09.04.2024, Unmut darüber aufkam, dass diese Vorlage bereits einen Vorschlag zur Mittelverwendung beinhaltet und dieser in den Fachausschüssen hätte diskutiert werden müssen. Er kann sich vorstellen, dass die Diskussion im Hauptausschuss dahingehen könnte, dass der dritte Punkt der Sachverhaltsdarstellung herausgenommen und zur Beratung in den nächsten Beratungsverlauf für die Fachausschüsse aufgenommen werden könnte.

Herr Weingardt ist ab 18:30 Uhr anwesend. Es nehmen somit **12 stimmberechtigte Mitglieder** an der öffentlichen Sitzung teil.

## **TOP 8**

### **Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)**

#### **TOP 8.1**

**Vorlage:** BV/0992/2024      **Einreicher/zuständige Dienststelle:**  
80 – Amt für Wirtschaftsförderung

#### **Förderrichtlinie zur ambulanten ärztlichen Versorgung**

Frau Kolbe nimmt Bezug auf Fragen und Hinweise nach der 1. Lesung der Förderrichtlinie zur ambulanten ärztlichen Versorgung.

Sie informiert, dass allgemeine Hinweise zur Schriftgröße und Barrierefreiheit von Herrn Zinn in die Überlegungen im Rahmen des derzeit stattfindenden Überarbeitungsprozess des gesamten Internetauftritts der Stadt Eberswalde einfließen werden. Die Verwaltung hat sich entschieden, die Richtlinie bis zu diesem Zeitpunkt in ihrer bisherigen Form zu belassen, da diese überwiegend online abgerufen wird.

Hinweise zur Grammatik und zur Wortwahl, soweit diese keine rechtlichen Änderungen in der Richtlinie nach sich ziehen, wurden angepasst. Weiterhin informiert sie, dass konkrete Hinweise, z. B. zur Formulierung des 1. Satzes des Punktes 1.3 der Richtlinie von Frau Oehler und später auch von Herrn Weingardt aufgenommen wurden sowie dem Wunsch von Herrn Zinn nach Nennung einer eigenen Funktionsadresse ([aerztefoerderung@eberswalde.de](mailto:aerztefoerderung@eberswalde.de)) zu ihrer Person mit entsprechenden Vertretungen im Bürgermeisterbereich nachgekommen und eingerichtet wurde.

Die Änderungen wurden mit Austauschseiten zur Richtlinie mit den Einladungsunterlagen versandt.

Frau Kolbe berichtet, auf eine Anfrage von Herrn Weingardt zur Berücksichtigung einer psychologischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in der Richtlinie eingehend, dass „zur bestmöglichen gezielten Förderung Eingrenzungen notwendig sind, da sonst der Zugang zu den begrenzten Mitteln zu frei wäre und die gewünschte Unterstützung nicht erreicht werde; dass die Stadt als Bewilligungsbehörde nicht in der Situation ist, eine inhaltliche Bewertung der Berufsbilder abzugeben und nicht fördern kann, was durch die Kinder- und Jugendpsychologie geschützt abgedeckt ist bzw. Angebote, die frei (und ggf. gewerblich) unterbreitet werden.“ Daher sind derartige Angebote in der Förderrichtlinie auf den durch die KVBB zugelassenen Bedarf begrenzt.

Herr Parys verlässt den Sitzungsraum um 18:37 Uhr. Es sind **11 stimmberechtigte Mitglieder** anwesend.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig befürwortet

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen empfehlen der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage beigefügte Förderrichtlinie zur ambulanten ärztlichen Versorgung.

**TOP 8.2**

**Vorlage:** BV/1031/2024      **Einreicher/zuständige Dienststelle:**  
15 - Bürgeramt

**Richtlinie der Stadt Eberswalde über die Gewährung eines Begrüßungsgeldes für Studierende und Auszubildende**

Herr Berendt führt aus, dass die vorhandene Richtlinie zum Begrüßungsgeld für Studierende an der HNE neu justiert wurde, weil sich eine weitere Hochschule in Eberswalde angesiedelt hat. Das war zum damaligen Zeitpunkt der Erstellung nicht absehbar. Aus diesem Grund wurde der Personenkreis um alle Studierenden, die an einer Hochschule in Eberswalde studieren und die ihren Hauptwohnsitz nach Eberswalde verlegen, erweitert. Dieser Personenkreis kann die vielfältigen soziokulturellen Angebote der Stadt Eberswalde nutzen, für die Aufwände vorzuhalten sind. Im Rahmen der Schlüsselzuweisungen des Landes mit dem Stichtag zum Ende eines Kalenderjahres, wird anhand der Einwohnerzahl ein Prozentsatz aus der Verbundmasse der Schlüsselzuweisung ermittelt. Dieser beträgt momentan 123,1 Prozent. Bei einer angenommenen Anzahl von 500 Personen, die in Eberswalde ihr Studium bzw. ihre Ausbildung aufnehmen und ihren Hauptwohnsitz nach Eberswalde verlegen, würde die Stadt Eberswalde rund 300.000,00 Euro mehr an Schlüsselzuweisungen erhalten. In Relation gesetzt zum Aufwand, den die Stadtverwaltung durch das Begrüßungsgeld und die damit anfallenden Verwaltungskosten hat, können vielfältige Angebote aufrechterhalten und weiterentwickelt werden. In der Vergangenheit konnte für den Haushalt eine positive Wirkung erzielt werden, auch wenn die Zahlen in den letzten Jahren etwas rückläufig waren. Die Neujustierung der Richtlinie beinhaltet die Erweiterung des bezugsberechtigten Personenkreises, eine kalenderjährliche Ausschüttung des Begrüßungsgeldes sowie die Festlegung des Auszahlungsbetrages auf jährlich 100,00 Euro.

Herr Parys nimmt seit 18:55 Uhr wieder an der Sitzung teil. Es sind nun wieder **12 stimmberechtigte Mitglieder** anwesend.

*Herr Rennert findet das Prinzip, Personen zu belohnen, die durch ihren Zuzug die Stadt Eberswalde beleben, wichtig und richtig, ihm fehlt jedoch immer wieder die Anerkennung für die Eberswalder:innen, die sich aktiv entscheiden, in Eberswalde zu bleiben und hier ihren Bildungsweg beginnen. Er versteht auch die Bedenken der Verwaltung, dass es sich dann nicht mehr um ein Begrüßungsgeld handeln würde, sondern um eine allgemeine Förderung*

*bzw. Zulage für Studierende dieser Stadt, die den Kostenrahmen bei weitem sprengen würde. Er empfindet es nach wie vor jedoch unfair. Herr Rennert wird der Beschlussvorlage trotzdem zustimmen.*

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig befürwortet

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen empfehlen der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte „Richtlinie der Stadt Eberswalde über die Gewährung eines Begrüßungsgeldes für Studierende und Auszubildende“.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Richtlinie im Amtsblatt für die Stadt Eberswalde bekanntzumachen.

**TOP 8.3**

**Vorlage:** BV/1034/2024

**Einreicher/zuständige Dienststelle:**

Fraktion: DIE LINKE.

**Livestream zur Stadtverordnetenversammlung**

Frau Kersten führt in die Beschlussvorlage ein und sagt, dass ihre Fraktion prüfen lassen möchte, ob die Durchführung eines Livestreams mit Mitarbeiter:innen des Familiengartens realisierbar wäre.

Herr Rennert erinnert daran, dass im Rahmen der Beschlussvorlage der FDP | BFE zum Livestream dieser Prüfauftrag an die Verwaltung bereits gegeben wurde und möchte wissen, ob hier Ergebnisse vorliegen.

Herr Berendt bestätigt, dass Prüfungen in der Vergangenheit ergeben haben, dass die Umsetzung des Livestreams mit eigenen Mitarbeiter:innen wirtschaftlich nicht darstellbar ist. Zu beachten wäre, dass eine Hybridsitzung anzubieten und ergänzend einen Livestream, der zusätzlich gespeichert und vorgehalten werden soll, technisch zwei völlig unterschiedliche Dinge sind. Die dafür erforderliche Technik verändert sich im Laufe der Zeit. Jedoch wird vor jeder neuen Vergabesituation geprüft, welche neuen technischen Umsetzungsmöglichkeiten bestehen oder inwieweit eine Durchführung durch Externe erfolgen muss.

Herr Dietterle schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu erweitern, den Livestream für eine gesamte Wahlperiode zu speichern.

Herr Berendt führt dazu aus, dass das Vorhalten von Aufzeichnungen Speicherplatz kostet

und dass das Ablegen und Vorhalten von großen Datenmengen für längere Zeit mit erheblichen Kosten verbunden ist. Dieser Aspekt würde eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung nicht günstiger gestalten.

Frau Kersten sagt ergänzend zum Beschlussvorschlag, dass ihr keine Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen mit Ergebnissen vorgelegen haben. Sie sieht die Chance, wenn mit eigener Technik und eigenem Personal eine Durchführung des Livestreams möglich wäre, diesen auch in den Fachausschüssen und darüber hinaus Drittnutzern des Familiengartens anzubieten.

Herr Passoke teilt mit, dass die Einreicher keiner Ergänzung des Antrages zustimmen.

Herr Trieloff bedankt sich bei der Fraktion DIE LINKE. für ihren Antrag. Er freut sich, dass das Thema auch in anderen Fraktionen diskutiert wird. Der vorliegende Antrag entspricht jedoch nicht den Intensionen des Antrages seiner Fraktion. Es ist nicht gewollt, den Haushalt mit zusätzlichen Personalkosten bzw. die Mitarbeiter mit zusätzlichen Aufgaben zu belasten.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig befürwortet

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen empfehlen der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen.

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob der Livestream/Ton- und Bildaufzeichnung und Upload der Stadtverordnetenversammlung ohne externe Dienstleister künftig durch Mitarbeiter des Familiengartens übernommen werden kann.

**TOP 9**

**Informationsvorlagen**

**TOP 9.1**

**Vorlage:** I/0045/2024

**Einreicher/zuständige Dienststelle:**

20 - Kämmerei

**Jahresbericht zum 31.12.2023**

Herr Berendt berichtet anhand einer Präsentation (**Anlage 4**) über den Jahresbericht zum 31.12.2023.

*Frau Kersten bedankt sich für die gegebenen Übersichten. Sie hat dazu Bemerkungen, weil sie sich mit einigen Punkten nicht einverstanden erklären kann. Mit den Ermächtigungsübertragungen, die die Verwaltung bereits seit über ein Jahrzehnt begleiten, stellt es sich ständig so dar, als könnte die Stadt ihre Aufgaben und die freiwilligen*

*Leistungen nur mit größter Kraftanstrengung sichern und müsste viele davon weglassen. Das Ergebnis zeigt aber jedes Mal, dass die Stadt weit davon entfernt ist. Sie widerspricht der Aussage von Herrn Berendt auf der Seite 8 im Jahresbericht, wonach der Beschluss des 2. Nachtragshaushaltes 2023 die Haushaltssituation verbessert hat. Die Tatsache, dass die Stadtverwaltung mehr Geld bekommen hat, war bereits zum Ende des ersten Halbjahres bekannt. Insofern ist das eigentlich der Grund, dass die Haushaltssituation gesichert war und 350.000,00 Euro Einsparung im 2. Nachtrag zum Haushalt haben definitiv nicht die Haushaltssicherung der Stadt Eberswalde gebracht. Frau Kersten sagt, dass Herr Berendt in seinem Resümee bestätigte, dass die Liquidität jederzeit gesichert war. Mit dem Antrag Mitte Juni 2023, die Haushaltssperre aufzuheben und stattdessen eine Aufgabenkritik durchzuführen, hatte ihre Fraktion gesagt, dass diese höheren Einnahmen bereits vorhanden sein werden und dieser Sachverhalt offensichtlich zu vorsichtig betrachtet wird. Dass sie damit falsch lagen, war nicht der Fall. Frau Kersten fragt, ob die tatsächliche Situation wirklich so falsch von der Verwaltung eingeschätzt worden war oder wo die Beweggründe für die Haushaltssperre wirklich lagen.*

Herr Berendt bedankt sich für die Reflexion und die Einschätzung. Die Rückschau auf die tatsächlichen Zahlungsströme, wie im Jahresbericht 2023 dargestellt, allein und für sich betrachtet, mögen die Argumentationen von Frau Kersten rechtfertigen. Herr Berendt sagt, dass er in seiner Funktion als Kämmerer die Aufgabe hat, die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu gewährleisten und das war im Mai des letzten Jahres nicht gegeben. Er erinnert an den planerischen Liquiditätsstand bis Ende 2028 von minus 95 Mio. Euro, der in der Fortschreibung für die begonnene Haushaltsplanung 2024/2025 skizziert werden musste. Auch nach der im letzten Jahr durchgeführten Aufgabenkritik und bei den vorgesehenen Investitionsmaßnahmen wurde deutlich, dass ohne ein Eingreifen zu diesem Zeitpunkt, heute kein verabschiedeter Haushalt vorliegen würde. Herr Berendt ist davon nach wie vor fest überzeugt und das bestätigen nachdrücklich auch Entwicklungen in der laufenden Bewirtschaftung des Jahres 2024. Im Mai 2023 gab es noch wesentliche Unsicherheitsfaktoren, die z. B. die Kostenentwicklungen der Gas-, Strom- oder Wasserpreise bzw. die Unsicherheiten im Bereich der Baukostenfinanzierung betreffen. Herr Berendt teilt mit, dass erst durch das Innehalten und Priorisieren der avisierten Maßnahmen es möglich war, einen beratungs- und genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen. Es ist leider nicht gelungen, die einmal auf den Weg gebrachten Investitionen, die schon seit vielen Jahren geplant und mitgetragen werden, so zu bereinigen, dass für die Stadtverordneten ein klareres Bild der tatsächlichen Leistungsfähigkeit entstanden ist. Zum einen wurden gebundene Finanzmittel zu bestimmten Risikopositionen in den Fachämtern hinterfragt und miteinander abgewogen. Zum anderen entstand aber auch der Eindruck, dass die Stadtverordneten nach einer beschlossenen Maßnahme sofort den Blick nach vorn richten und nach der nächsten Maßnahme fragen. Für die Verwaltung beginnt jedoch erst nach der Beschlussfassung die Umsetzungsarbeit, wie die Feinplanung, wie Ausschreibungen, Umsetzung und Realisierung. Bestimmte Maßnahmen werden so über mehrere Jahre mitgetragen und binden anhaltend Finanzmittel. Das führt am Ende zu dieser Unschärfe. Herr

Berendt gibt einen Ausblick auf das Finanzvolumen im Bereich der Investitionen in Höhe von 2 bis 2,5 Mio. Euro pro Jahr. Diese werden mit bis zum Teil über 80 % Fördermittel veredelt. So kann hochgerechnet werden, welches Finanzvolumen im Jahr durch die Verwaltung gestemmt werden kann. Im Ergebnis 2022 sind das knapp 11 Mio. Euro, im Planansatz 2023, auch im fortgeschriebenen Ansatz, knapp 10 Mio. Euro. In dieser Range bewegt sich die Verwaltung immer und schöpft das vorhandene Finanzvolumen auch voll aus, so dass daraus abgeleitet werden kann, was in der Stadt für andere Leistungen noch verfügbar ist.

*Herr Markmann spricht dem Finanzdezernenten und dem Team der Kämmerei ein Lob aus, die es geschafft haben, dass aus einem 35 Mio. Euro - Fehlbetrag ein Finanzmittelüberschuss von mehr als 800.000,00 Euro geworden ist.*

*Herr Trieloff sagt, dass er das Gefühl hat, dass die Haushaltssituation nicht ganz so angespannt ist, wie in der letzten Phase der Haushaltsplanung angedeutet wurde. Er sieht, dass in den Zahlen der Verwaltungstätigkeit ein geplantes Plus von fast 10 Mio. Euro vorliegt, was sich evtl. durch Ermächtigungsübertragungen noch mindern kann, diese Minderung ist jedoch nie ersichtlich. Er merkt weiter kritisch an, dass die im Rahmen der Haushaltsberatung vorgelegten Zahlen es nicht seriös zulassen, einem Haushalt zuzustimmen oder ihn abzulehnen, weil es zu viele Untiefen gibt. Er wünscht sich einen validen Überblick über die großen Maßnahmen. Es wird sehr viel über kleine Projekte diskutiert. Es gelingt ihm nicht, aus der langfristigen Liquidität die tatsächliche Liquidität abzuleiten. Herr Trieloff ist der Meinung, dass für Investitionsmaßnahmen, die sich länger als zehn Jahre hinziehen, ein transparentes Monitoring für die Stadtverordneten vorliegen muss, um einer Haushaltplanung auf validem Grund zustimmen zu können. Er führt aus, dass die Stadtverordneten im letzten Jahr überraschend mit einem Defizit von fast 100 Mio. Euro in der Haushaltsplanung konfrontiert wurden und er sich der Kritik von Frau Kersten zur Haushaltssperre anschließt. Für zukünftige Haushaltsplanungen erwartet er eine transparentere Darstellung, aus der hervorgeht, wie viel Liquidität gebunden ist und wie lange der Bindungsgrad ist. Die Übersicht zu den Investitionsmaßnahmen ist gut und wichtig, aber er möchte, dass daraus mehr zum Erledigungsgrad bzw. Fertigstellungszeitpunkt abgeleitet werden kann. Herr Trieloff kann auch nicht nachvollziehen, dass einmal Ermächtigungsübertragungen im Haushalt berücksichtigt werden und einmal nicht. Dem ist schwer zu folgen. Ihm ist klar, dass so eine Übersicht viel Zeit in Anspruch nehmen wird, dass diese aber wichtig wäre, um seriös eine Beschlussfassung vornehmen zu können.*

Herr Rennert ist der Meinung, dass die Kämmerei die finanzielle Situation derzeit sehr gut darstellt. Er sagt, dass zu einem Zeitpunkt, wo noch keine Prognose zu den finanziellen Belastungen abgegeben werden konnte, Entscheidungen getroffen wurden, die vielleicht aus heutiger Sicht als überzogen zu bewerten sind, jedoch niemand konnte zum damaligen Zeitpunkt die weiteren Entwicklungen vorhersehen.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **TOP 10**

### **Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Ausschussmitgliedern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung**

#### 10.1 Herr Markmann:

- sagt, sich auf die Information von Herrn Berendt zur Vereinbarung mit der 50Hertz Transmission GmbH über eine Ausgleichszahlung beziehend, Beschlussvorschlag BV/1029/2024, dass der § 1 der Vereinbarung ziemlich deutlich darlegt, worum es sich tatsächlich handelt, nämlich um eine Form der Bestechung; die Ausgleichzahlung dient dem Abbau von Vorbehalten der Bewohner gegenüber dem Vorhaben; er findet, dass aus politischer Sicht die Stadtverordnetenversammlung über diese Beschlussvorlage entscheiden sollte und beanstandet weiterhin, dass der Hauptausschuss auch gleichzeitig über die Verwendung der Mittel entscheiden soll, was seiner Meinung nach, so nicht passieren sollte

Herr Berendt führt dazu aus, dass es ein übergeordnetes Interesse gibt, die 50Hertz Transmission GmbH ist an die Stadtverwaltung mit der Anfrage herangetreten und die Stadt hat zwei Möglichkeiten, sich dafür oder dagegen zu entscheiden. Über die vorgeschlagene Mittelverwendung ist im Hauptausschuss zu entscheiden.

#### 10.2 Herr Dietterle:

- geht ebenfalls auf die Information von Herrn Berendt zur Vereinbarung mit der 50Hertz Transmission GmbH über eine Ausgleichszahlung ein; er möchte noch einmal auf seine Anmerkungen zum Bau dieser Hochspannungsleitung und dem Schulstandort in unmittelbarer Nähe hinweisen; ob eine Gefährdungslage über gesundheitliche Risiken, die für die Bewohner in unmittelbarer Nähe und somit auch für die Kinder dieser Schule, vorhanden ist, konnte ihm noch niemand sagen; er hat jedoch ein ungutes Gefühl dabei, dass Gelder angenommen werden sollen auf Kosten der Kinder, ohne über eventuelle Krankheitsrisiken Aussagen treffen zu können.

Herr Passoke schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:08 Uhr.

gez. Passoke

gez. Heilmann

Vorsitzender des Ausschusses  
für Wirtschaft und Finanzen

Schriftführerin

**Sitzungsteilnehmer/innen:**

- **Vorsitzender**  
Volker Passoke
- **stimmberechtigtes Mitglied**  
Oskar Dietterle per Video  
Johanna Funk  
Stefan Grohs  
Irene Kersten  
Thomas Krieg vertreten durch Herrn Weingardt  
Christian Mertinkat  
Heinz-Dieter Parys  
Steve Rennert  
Isabell Sydow anwesend bis 19:55 Uhr  
Götz Trieloff  
Ringo Wrase
- **sachkundige Einwohner/innen**  
Tim Eggebrecht  
Moritz Fischer anwesend bis 19:20 Uhr  
Michael Franz  
Monique Komisarzik entschuldigt  
Gerd Markmann per Video  
Christoph Maskow  
Sarah Polzer-Storek entschuldigt  
Stephan Thörmer  
Petra Walter entschuldigt  
Michael Wolff entschuldigt
- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**  
Bernd Pfeifer anwesend bis 20:08 Uhr
- **Dezernent/in**  
Maik Berendt
- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**  
Simone Kolbe  
Sandra Rasch  
Marco Schwipper zu TOP 8.2
- **Sonstige**  
Märkische Oderzeitung